

Erbschaftsteuer

Erfolgreiches Eintreten für das Eigentum

Das Ringen um die Erbschaftsteuerreform hat gezeigt: Es lohnt sich, für politische Grundüberzeugungen zu kämpfen. Die steuerfreie Vererbung von selbstgenutztem Wohneigentum zwischen Partnern und an die nächste Generation, die erbschaftsteuerliche Verschonung von 90 Prozent der Familienbetriebe und die weitestgehende Verschonung der Landwirtschaft wären ohne hartnäckiges Verhandeln nicht erreicht worden.

Bei der Erbschaftsteuer geht es um zentrale Fragen bürgerlicher Politik und um weit mehr als den Regelungsgegenstand selbst. Es geht um den Stellenwert von Eigentum in unserer Gesellschaft. Deshalb stößt das Reformvorhaben Erbschaftsteuer auf großes Interesse – weit über die lediglich 8 Prozent Erbschaftsteuerzahler hinaus.

Die CSU fühlt sich dem Schutz des Eigentums der Bürger verpflichtet wie keine andere Partei. Dafür hat sie in den Verhandlungen mit der SPD intensiv gestritten. Die Gestaltung des Erbrechts sieht die CSU als Kern einer Gesellschaft, die Eigentum respektiert und Leistung achtet. Wie sollen Menschen zu nachhaltigem Wirtschaften motiviert werden, wenn nicht durch die Chance, dass die Früchte ihrer Arbeit von ihren Kindern weiter gepflegt werden?

Hoher Stellenwert von Wohneigentum in Familienbesitz bleibt gewahrt

Wer gemeinsam in einem Haus oder einer Wohnung wohnt, darf nicht im Todesfall seines Partners auch noch sein Heim verlieren. Wenn die Eltern-Generation hart für ein selbstgenutztes Heim gespart hat, darf es nicht sein, dass die Kinder Haus oder Wohnung verkaufen müssen, damit sie die Erbschaftsteuer bezahlen können. Deshalb hat die CSU hartnäckig und am Ende erfolgreich dafür gerungen, dass im Erbschaftsteuerrecht der besondere Stellenwert von Wohneigentum in Familienbesitz gewahrt wird.

Handwerk und Mittelstand atmen auf

Schon 2005 hatte die CSU eine Regelung gefordert, die den Betriebsübergang auf die nächste Generation deutlich erleichtert. Hierzu hatte sie einen Vorschlag unterbreitet, mit dem die substanzzehrende Besteuerung der Betriebe beendet wird. An diesem Ziel hat die CSU auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2007 festgehalten, das vor allem mit Blick auf die steuerliche Behandlung von Haus- und Grundvermögen schwierige Frage aufgeworfen hat.

Durch hartnäckige Verhandlungen ist es der CSU schließlich gelungen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der mittelständischen Betriebe ohne oder nur mit geringer Erbschaftsteuerbelastung übergeben werden kann - so das Urteil des Generalsekretärs des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH), Hanns-Eberhard Schleyer.

Thema bleibt auf der Tagesordnung

Ungeteilt ist die Freude trotz aller Erfolge nicht. Manche bürokratischen Auflagen sind schmerzlich und vor allem der Familienbegriff, der Geschwister, Neffen und Nichten nicht hinreichend miteinbezieht. Wünschenswert wäre zudem eine Regionalisierung, die Steuersätze und Freibeträge zur Ländersache macht. Dennoch: Das Ergebnis befriedet viele Debatten. Die nötigen Korrekturen sind vorgemerkt – Die CSU will sie nach der Bundestagswahl mit einer bürgerlichen Mehrheit durchsetzen.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

wer wollte es bestreiten: Deutschlands konjunkturelle Lage wird mit beeinflusst von einem außergewöhnlich schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld. Alle seriösen Prognosen deuten daraufhin, dass auch unserem Land eine schwierige Wegstrecke droht. Dennoch besteht kein Anlass, jetzt in Pessimismus zu verfallen. Deutschlands Ausgangsbasis, die schwierige Entwicklung zu meistern, ist im Vergleich zu anderen Industrieländern relativ gut.



Die Erfolge der unionsgeführten Regierungskoalition haben Deutschland gegenüber den Zeiten von Rot-Grün deutlich gestärkt. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 16 Jahren und hat im Oktober die 3 Millionen-Marke unterschritten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt seit langer Zeit kontinuierlich an. Und: Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik hat die Voraussetzungen geschaffen, den Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise tatkräftig und robust entgegenzutreten zu können. Wir haben die strukturelle Haushaltslücke auf ein Niveau zurückgeführt, wie es die Politik seit der Deutschen Einheit nicht mehr geschafft hat. Gerade die Konsolidierungserfolge der letzten drei Jahre verschaffen uns nunmehr die Luft, um der drohenden Konjunkturschwäche zu begegnen.

Bei Bündelung aller Kräfte und rasch wirksamen Entscheidungen hat unser Land alle Chancen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen und an die ersten drei Aufschwungjahre anzuknüpfen. Im Mittelpunkt der mit dem Bundeshaushalt 2009 auf den Weg gebrachten wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen stehen die Unternehmen und die dortigen Arbeitsplätze – vor allem im Mittelstand.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Müller MdB

Europa

Milchfonds stärkt unseren Bauern den Rücken

Bei den abschließenden Verhandlungen zur Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) konnte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner die CSU-Forderung nach Einrichtung eines Milchfonds in der EU durchsetzen. Der Milchfonds soll die Auswirkungen des schwierigen Anpassungsprozesses beim Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 mildern.

Der Milchfonds steht ab 2010 bereit und umfasst im Jahr 2013 bis zu 350 Millionen Euro. Damit stehen endlich die geforderten Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben in besonders benachteiligten Gebieten zur Verfügung - beispielsweise in Form einer Grünlandprämie.

Die Anhebung der Milchquote von 2009 bis 2013 um jährlich ein Prozent, auf die die EU-Kommission bestand, bleibt bei der derzeitigen Marktentwicklung der falsche Weg. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner konnte aber durchsetzen, dass



vor jeder Quotenanhebung durch eine Milchmarkt-Analyse geklärt wird, ob die tatsächlichen Marktbedingungen eine Anhebung der Quote überhaupt zulassen. Vor diesem Hintergrund ist es umso erfreulicher, dass mit dem Milchfond eine geeignete Lösung

gefunden wurde, um auch den bayerischen Milchbauern im europäischen Wettbewerb den Rücken zu stärken. Ohne die CSU gäbe es keinen Milchfonds. Dies ist bei allen Schwierigkeiten ein erheblicher Verhandlungserfolg, der sich sehen lassen kann.

Unterdessen deutet alles darauf hin, dass der Boom beim deutschen Agrarexport weiter anhalten wird. Von Januar bis September 2008 legten die Ausfuhren der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft um rund 17 Prozent zu. Im vergangenen Jahr wuchsen sie um 13 Prozent.

Diese Woche

Erbschaftsteuer	
Erfolgreiches Eintreten für das Eigentum	S. 1
Europa	
Milchfonds stärkt unseren Bauern den Rücken	S. 2
Schutz des ungeborenen Lebens	
Gesetzentwurf zu Spätabtreibungen eingebracht	S. 2
Bundeshaushalt 2008	
Haushaltsplanung den veränderten Herausforderungen angepasst	S. 3
Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2009	
Dr. Peter Ramsauer: Deutschland hat alle Chancen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen	S. 4/5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Schutz des ungeborenen Lebens

Gesetzentwurf zu Spätabtreibungen eingebracht

Auf Initiative des familienpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer, wurde in dieser Woche ein Gesetzentwurf zum Thema Spätabtreibung in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Worum geht es? Nach geltendem Recht ist ein Schwangerschaftsabbruch nach der zwölften Woche nur bei einer „medizinischen Indikation“ erlaubt. Eine schwere Erkrankung oder Behinderung des Ungeborenen allein reicht als Grund für einen Abbruch nicht aus. Vielmehr muss eine Gefahr für das Leben oder die körperliche oder seelische Gesundheit der Schwangeren bestehen. Berichte aus der Praxis machen aber deutlich, dass oft allein aufgrund der Behinderung die medizinische Indikation gestellt wird. Dies ist allseits bekannt, wird aber tabuisiert.

Vorweg: Keine werdende Mutter nimmt leichtfertig eine Spätabtreibung vor und niemand kann ihr diese schwere Entscheidung abnehmen. Doch in ihren seelischen Nöten werden viele Betroffene allein gelassen.

Der Unionsentwurf nimmt daher die Ärzte in die Verantwortung und sieht eine Beratungspflicht vor. Sie sollen künftig umfassend aufklären

und beraten, dazu zählt etwa auch das Vermitteln von Kontaktadressen von Selbsthilfegruppen und Verbänden von Eltern mit behinderten Kindern. Zudem sieht der Entwurf zwischen Beratung und Abtreibung eine mindestens dreitägige Bedenkzeit vor – sofern keine akute Gefahr für Leib und Leben der Frau besteht.

Einige Sozialdemokraten werteten den Unionsvorstoß als zynisch. Doch grenzt nicht eher die gängige Praxis an Zynismus und zwar gegenüber all denen, die mit einer Behinderung in unserer Gesellschaft leben? Der Lebenshilfe-Vorsitzende, Robert Antretter, bringt dies treffend auf den Punkt: „Je mehr man sich dem Bild des perfekten Menschen nähert, desto mehr wird der Unperfekte in der Gesellschaft geächtet.“ Die betroffenen Frauen können und sollen nicht zu einer Entscheidung gedrängt werden. Doch sie dürfen auch nicht in ihrer Entscheidung allein gelassen werden.

Bundeshaushalt 2008

Haushaltsplanung den veränderten Herausforderungen angepasst

Der Bundeshaushalt 2009 untermauert die Entschlossenheit der unionsgeführten Regierungskoalition, der drohenden Wirtschaftsschwäche entschlossen zu begegnen. Seit der Haushaltsaufstellung im Juli dieses Jahres hat sich die wirtschaftliche Situation wesentlich verändert. Die von den USA ausgehende Finanzmarktkrise ist auch in Deutschland angekommen und wirkt sich zunehmend auch auf die Realwirtschaft aus. Haushaltsanpassungen waren unvermeidlich – u.a. um Spielräume für Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur zu gewinnen.

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem jüngsten Gutachten die große Herausforderung der Wirtschaftspolitik betont. Kurzfristige Konjunkturprogramme lehnt er ab.

Die Wirtschaftsweisen sehen eine berechtigte Hoffnung, dass allein durch die ölpreisbedingte rückläufige Inflationsrate und der sehr verzögerten Reaktion bei der Arbeitslosigkeit auf die wirtschaftliche Abkühlung der private Verbrauch in 2009 erstmals wieder zunehmen wird.

Notwendig ist eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik, in deren Mittelpunkt die Verstärkung öffentlicher Investitionen steht. U.a. mit zusätzlichen 2 Mrd. € an Verkehrsinvestitionen trägt die Große Koalition den Empfehlungen der Wirtschaftsweisen für eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik Rechnung.

Besondere Aufmerksamkeit gilt denjenigen zentralen Wirtschaftsbereichen, die unmittelbar und heftig von der Finanzmarktkrise betroffen sind. Tragpfeiler unserer Konjunktur sind die kleinen und mittleren Unternehmen. Sie müssen vor allem gestützt werden.

Um das Vertrauen in das Finanzsystem zu stärken, werden umfangreiche Sicherheitsgarantien von bis zu 480 Mrd. € zur Behebung von Liquiditätsengpässen und zur Stärkung des Eigenkapitals von Finanzinstitutionen eingesetzt.

Hierbei geht es nicht um Unterstützungen für Bankmanager oder Anteilseigner, sondern um die Sicherstellung der Versorgung von

Unternehmen und Bürgern mit notwendigen Krediten und Liquidität.

Ein umfassendes Maßnahmenpaket für Schlüsselbereiche der deutschen Wirtschaft sichert darüber hinaus Beschäftigung und stützt Wachstum. Hierfür werden 1,2 Mrd. € in 2009 und 2,4 Mrd. € in den kommenden Jahren zusätzlich zur Verfügung gestellt.



Investitionsschub für Verkehrsprojekte

Gerade in wirtschaftlichen Schwächeperioden sind öffentliche Investitionen unabdingbar. Die Investitionstätigkeit im nächsten Jahr wird daher um zusätzliche 1,4 Mrd. € auf dann 27,2 Mrd. € aufgestockt. Damit setzt die Große Koalition in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftssituation wichtige Beschäftigungsimpulse.

Für die Jahre 2009 und 2010 werden die Verkehrsinvestitionen jeweils um eine Milliarde Euro angehoben.

Nach den parlamentarischen Beratungen werden die im Bundeshaushalt veranschlagten Investitionen in die klassischen Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße mit mehr als 11,1 Mrd. Euro im Jahr 2009 einen historischen Höchststand erreicht haben.

Gegenüber dem Jahr 2008 werden die Verkehrsinvestitionen um rund 17 Prozent erhöht. Ein Erfolg,

der allen Bürgerinnen und Bürgern spürbar zugute kommen wird.

Damit können nunmehr auch in Bayern gezielte konjunkturelle Akzente beim Bau von Bundesfernstraßen, -schienerwegen und -wasserstraßen gesetzt werden.

Mit einem Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Sozialversicherungsausgaben und für Investitionen in Familien erfahren die Bürger zudem eine spürbare Entlastung in einem Volumen von über 6 Mrd. € im nächsten Jahr.

Unausweichlicher haushaltspolitischer Anpassungsbedarf

Die notwendigen Maßnahmen haben zwangsläufig Auswirkungen auf die ursprünglichen Haushaltsplanungen. Der Wirtschaftsstabilisierung muss derzeit eindeutig Vorrang gegeben werden.

Das Erreichen eines Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung muss daher zeitlich gestreckt werden. Am grundlegenden Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes als Markenzeichen der Unionspolitik wird jedoch unvermindert festgehalten.

Ein Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung soll in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden.

Eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme 2009 gegenüber den ursprünglichen Planungen von 10,5 Mrd. € auf 18,5 Mrd. € ist unvermeidlich.

Allein die aktuelle Steuerschätzung Anfang November führt beim Bund zu Steuermindereinnahmen von rd. 2,2 Mrd. € in 2009.

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2009

Dr. Peter Ramsauer: Deutschland hat alle Chancen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen

In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2009 hat der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer dazu aufgerufen, angesichts der drohenden Konjunkturschwäche nicht in Weltuntergangsstimmung zu verfallen. Bei Bündelung aller Kräfte und raschen Entscheidungen habe unser Land vielmehr alle Chancen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Im Mittelpunkt der bereits beschlossenen und auf den Weg gebrachten wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen stünden nicht vordergründig die Banken, sondern die Unternehmen und die dortigen Arbeitsplätze – vor allem im Mittelstand, betonte Dr. Ramsauer.

Im Folgenden ist die Rede des CSU-Landesgruppenvorsitzenden in ihren wesentlichen Passagen dokumentiert:

Unser Land hat allen Grund zu Selbstvertrauen

Von der heutigen Debatte geht unter anderem eine Botschaft aus: dass wir den Bundeshaushalt 2009 in einem außergewöhnlich schwierigen konjunkturellen und weltwirtschaftlichen Umfeld beraten. Aber bei aller sorgfältigen und gewissenhaften Betrachtung, Analyse und Entwicklung von Gegenmaßnahmen dürfen wir nicht in eine Weltuntergangsstimmung verfallen und eine Apokalypse heraufbeschwören.

Es war deshalb ausgesprochen wichtig, dass die Bundeskanzlerin heute an unser Selbstvertrauen appelliert hat. Sie hat betont, dass wir Deutsche schon andere gewaltige Herausforderungen in den letzten Jahrzehnten gemeistert haben und dass wir, wenn wir alles richtig machen, gestärkt aus dieser Krise hervorgehen werden.

Demagogie à la Lafontaine hilft hier nicht weiter. Derjenige, dessen Antwort in Demagogie besteht, löst nicht die Probleme, sondern verschärft sie eher.

Der Wirtschaft verlässliche Perspektiven geben

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Weise, hat in aller Nüchternheit darauf hingewiesen, dass sich ein schwächeres Wachstum weniger auf die Arbeitslosenzahlen auswirken wird, als viele befürchten. Bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistungen um 0,5 Prozent, wie wir es im nächsten Jahr vielleicht erleben werden, werde die Arbeitslosigkeit insgesamt um relativ bescheidene 130 000 steigen. So bedauerlich dies immer noch ist. Dies ist zugleich als Ermutigung zu verstehen, in dieser Krise um jeden Arbeitsplatz entschlossen zu kämpfen.

Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam zu handeln und unserer Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen zu geben. Das Finanzmarktpaket als erste beschlossene Maßnahme, die inzwischen auch Wirkung zeigt, hat die Eskalation der Finanzkrise gebrochen. Jetzt müssen die Geschäftsbanken in Deutschland ihrer Verantwortung gerecht werden, indem sie die Wirtschaft mit Geld ver-

sorgen. Dies gilt vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass wir mit unserem Impulsprogramm eine Reihe von zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten gerade für den Mittelstand schaffen.

Im Mittelpunkt stehen die Unternehmen und die Arbeitsplätze

Es muss immer wieder betont werden: Die Maßnahmen sind nicht nur für die Banken ergriffen worden. Und jemand ist nicht erst dann hilfsbedürftig ist, wenn er in der Größe von Opel daherkommt. Uns liegt vielmehr jeder Mittelständler und die dortigen Arbeitsplätze genauso am Herzen. Deswegen geben wir mit diesem Impulsprogramm kleinen und mittleren Betrieben hervorragende zusätzliche Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Banken in Deutschland sind deshalb aufgerufen: Fallen Sie bei Sicherheitsbewertungen jetzt nicht in das andere Extrem, sondern helfen Sie mit, die bestehende Krise zu meistern!



Dr. Peter Ramsauer

Ich möchte darauf hinweisen, was vor 80 Jahren wahrscheinlich falsch gemacht worden ist. Was zunächst eine reine Bankenkrise war, ist erst durch eine engstirnige Wirtschaftspolitik zu der gewaltigen Weltwirtschaftsdepression geworden. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen. Vielmehr müssen andere Instrumente wie die Stärkung des Freihandels und das Wiederbeleben der Doha-Runde genutzt werden. Dort engagiert sich unser Wirtschaftsminister Michael Glos gegen Subventionswettläufe zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Ein solcher Wettlauf wäre Gift. Wir brauchen stattdessen mehr Freihandel. Das hilft einer exportorientierten Nation wie Deutschland.

Auch EU-Klimaschutzpolitik muss Rücksicht nehmen

Anzusprechen ist auch das Spannungsfeld zwischen Klimaschutzzielen auf der einen Seite und den Wirtschaftsproblemen auf der anderen Seite. Bei den aktuellen Problemen, die die Autoindustrie im Augenblick hat, können wir nicht einfach sagen „Weiter so“. Das würde in der augenblicklichen Situation heißen, dass wir Arbeitsplätze in Deutschland mutwillig gefährden.

Ein Auto wird nicht allein dadurch umweltfreundlicher, dass es nicht mehr in Deutschland, sondern irgendwo im europäischen oder außereuropäischen Ausland gebaut wird. Das müssen wir uns vor Augen halten.

Die „Grünen“ haben an die Bundeskanzlerin den Vorwurf gerichtet, sie werde in Brüssel „Madame Non“ genannt. Ich bin froh darüber - und dafür verdient die Bundeskanzlerin Dank -, dass Sie, wenn es erforderlich ist, in Brüssel oder sonstwo in Europa zu den anderen Staatsführern sagen: Non, das machen wir wegen der deutschen Interessen nicht mit.

Wir nehmen zwar Rücksicht auf europäische Interessen, aber wir, das Parlament und die Bundesregierung, sind zuerst dazu da, deutsche Interessen zu wahren. Das erwartet auch die Öffentlichkeit in Deutschland von uns. Forderungen in Bezug auf Klimaschutz - ja, aber sie müssen auch erfüllbar sein. Dazu gehört auch, dass wir die energieintensiven Industrien von der Versteigerung der Zertifikate ausnehmen müssen.

Ein Wort an Bundesumweltminister Gabriel. Lieber Herr Gabriel, unsere Position für Arbeitsplätze und Klimaschutz haben Sie bisweilen kritisiert. Aber da kann ich Ihnen nur zurufen: Was unsere Landwirtschaftsministerin Ise Aigner in Brüssel kann, nämlich deutsche Interessen durchsetzen, das sollten auch Sie können.

Thema Steuersenkungen bleibt auf der Tagesordnung

Ein weiterer Punkt. Es geht natürlich auch um Steuersenkungen. Ich möchte kurz vortragen, was auf dem bevorstehenden CDU-Parteitag in Stuttgart beschlossen werden soll. Ich darf zitieren: „Der derzeitige Tarifverlauf führt dazu, dass Lohnsteigerungen oder Überstunden zu wenig bei den Menschen ankommen. Diese leistungsfeindliche Wirkung des Steuerrechts werden wir ändern. Wir werden den Tarifverlauf so gestalten, dass Gehaltserhöhungen oder Mehrarbeit nicht durch die kalte Progression minimiert werden, sondern bei den Arbeitnehmern auch stärker ankommen. Dazu kann ich nur sagen: Bravo, CDU-Parteitag! Vonseiten der CSU haben wir das Notwendige hierzu schon längst gesagt.“

Ich habe mir den zehnteiligen Entwurf des CDU-Leitantrages sehr genau durchgelesen. Ich finde es großartig, dass sich zwei Seiten davon, also 20 Prozent, ausschließlich mit Steuersenkungen befassen. Ich habe das ausgesprochen aufmerksam gelesen. Das vielleicht Wichtigste ist: Es steht nicht drin, dass die Steuersenkungen erst nach der Bundestagswahl kommen. Es steht kein Zeitpunkt geschrieben, wann das alles getan wird. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass wir alle miteinander, CDU und CSU, den richtigen Zeitpunkt für die richtigen Steuersenkungen festlegen werden.

Erbschaftsteuer: Respekt vor Eigentum, Respekt vor Leistung

Zum Thema Erbschaftsteuer: Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Frage, wie Erbschaften - egal ob landwirtschaftlich, betrieblich oder privat - steuerlich behandelt werden, ein außerordentlich wichtiger Stand-

ortfaktor für Deutschland ist. Denn jeder macht sich Gedanken darüber, wie in einem Land mit dem Eigentum umgegangen wird. Eine kluge Erbschaftsteuerreform ist auch ein exzellentes Konjunkturprogramm. Das müssen wir uns immer vor Augen halten.

Ich habe in den vergangenen Monaten und Jahren mit Entschiedenheit und mit großem Verantwortungsbewusstsein dafür gekämpft, dass im Rahmen einer Erbschaftsteuerreform Eigentum und auch die Leistung respektiert werden, die der Eigentumsbildung vorausgeht. Ich sage eines klipp und klar: Ich verurteile es aus voller Überzeugung, wenn jemand die These vertritt, dass Erben ein leistungsloser Erwerb sei. Nein, Erben ist kein leistungsloser Erwerb. Erben ist vielmehr zweierlei: Derjenige, der sein ganzes Leben lang gearbeitet und etwas geleistet hat, der es sich vom Mund abgespart hat, was er vererbt, soll dies zu vernünftigen Konditionen an die nächste Generation weitergeben können.

Derjenige, der einen Familienbetrieb, der über Generationen hinweg besteht, als Erbe übernommen hat, soll ihn weitergeben können. Alle diejenigen, die Eigentum haben, unter Generalverdacht zu stellen, es zu verschern und es irgendwo auf der Welt zu verjubeln, ist eine gemeine Anklage gegen all diejenigen, die verantwortungsvoll in unzähligen Familienbetrieben Deutschlands zusammen mit den dortigen Beschäftigten arbeiten und Leistung erbringen.

Ich stelle steuerpolitisch und grundsätzlich eines fest: Wir müssen mit der Frage, inwieweit sich der Staat bei der Weitergabe von Eigentum durch Besteuerung gütlich tut, sehr sorgfältig umgehen. Wenn sich jemand aus bereits versteuertem Einkommen Eigentum schafft, dann hat der Staat bei der Weitergabe an die nächste Generation nicht mehr Hand anzulegen. Unsere Maßgabe muss sein: Respekt vor Eigentum, Respekt vor Leistung.

Schutz des Eigentums hat elementare Bedeutung

Eines gehört noch hierher: Die gesellschaftspolitische Bedeutung des Themas Erben bzw. Erbschaftsteuer. „Respekt vor Eigentum“ habe ich gesagt. Eigentum ist die Voraussetzung für Freiheit. Wir wollen nicht den eigentumslosen Staatsbürger; denn dieser kann keine Eigenverantwortung und keine Freiheit haben. Wir wollen vielmehr den freien Bürger, der für sich selbst sorgt und nicht am Tropf des Staates hängt. Eigentum ist die Voraussetzung nicht nur für Freiheit, sondern auch für etwas, auf das wir im Sozialstaat Deutschland besonders stolz sind. Es ist nämlich die Voraussetzung für Solidarität. Denn derjenige, der kein Eigentum hat, kann auch keine Solidarität üben. Eine Gesellschaft ohne Eigentum ist eine Gesellschaft ohne Solidarität und nur noch eine Mangelverwaltung. Dies wollen wir nicht.

Deswegen ein klares Ja zum Eigentum, ein klares Ja zur Leistung, ein klares Ja zur Weitergabe des Eigentums. Dann sind wir auf dem richtigen Weg und schaffen eine großartige Standortvoraussetzung in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten.